LabourNet.de Germany

Resolution des Organisationskomitees der Protestaktion

am 09.06.2023 vor dem Jahreskongress der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

Der 111. Jahreskongress der ILO kommt u.a. mit der Teilnahme der Delegation der islamischen Republik in einer Zeit zusammen, in der seit mehr als vier Jahrzehnten den iranischen Arbeiter*innen ihr Grundrecht auf Gründung eigener von der Regierung unabhängigen Organisationen verwehrt wird. Jedes Mal im Laufe dieser Jahre, wenn sich die Arbeiter*innen und die Aktivist*innen der Arbeiterbewegung dafür eingesetzt haben, ihre eigenen freien Organisationsformen zu bilden oder Proteste gegen die schrecklichen herrschenden Verhältnisse zu organisieren, wurden sie verhaftet, ins Gefängnis gesteckt, gefoltert oder entlassen. Gerade in dieser Zeit sitzt eine unbekannte Zahl der Mitglieder der vom Regime unabhängigen Organisationen und Berufsverbänden der Arbeiter*innen, der Lehrer*innen und anderer gesellschaftlichen Aktivist*innen in den Gefängnissen oder wird aufgrund der von den staatlichen Stellen fingierten Anklageschriften verleumdet, verfolgt und drangsaliert. Ihr „Straftaten“? Gründung regierungsunabhängiger Organisationen oder Teilnahme an Protesten gegen die absolute Rechtlosigkeit, Armut, Elend und Lohnsklaverei.

Angesichts dieser Bedingungen bekommen die Mitglieder der vom Regime der islamischen Republik eingesetzten Organe wie die letzten Jahre die Genehmigung, als Vertreter*innen der iranischen Arbeiter*innen an den ILO-Gremien teilzunehmen. Wir erklären gemeinsam mit den Aktivist*innen der Arbeiter*innen, der Lehrer*innen, der Rentner*innen und in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften, die gegen die Teilnahme der Gesandten der islamischen Republik an den ILO-Sitzungen protestiert haben: Die Mitglieder der arbeiterfeindlichen Delegation der islamischen Republik vertreten nicht die iranischen Arbeiter*innen, sie hängen mit tausenden sichtbaren und unsichtbaren Fäden am Regime. Die Akzeptierung dieser staatlich gelenkten Delegation durch die ILO ist nicht nur beschämend, sie ist vielmehr eine direkte Beleidigung der iranischen Arbeiterklasse und Teilhabe an der Gewaltanwendung gegen sie.

Während der revolutionären Frau-Leben-Freiheit-Proteste in den letzten Monaten wurden hunderte der Protestierenden durch den Terror der Schergen des Regimes auf offener Straße getötet, viele verwundet und einige haben durch die Direktschüsse der „Sicherheit“-Organe ihre Augen verloren. Von den Tausenden willkürlich verhafteten Männern, Frauen und minderjährigen Jugendlichen werden viele von ihnen unter menschenunwürdigen Verhältnissen weiter in den Gefängnissen festgehalten. Um mehr Angst und Schrecken zu verbreiten, greift das islamische Regime immer mehr zum „Mittel“!? der Hinrichtungen. Jede Woche ermordet das Regime einige unschuldige Frauen und Männer innerhalb und außerhalb der Gefängnismauern durch Erhängung und Erschießung.

Das Verhindern der Selbstorganisierung der Arbeiter*innen und die dauerhafte Unterdrückung ihrer Aktivist*innen gehören zu den untrennbaren Bestandteilen der Herrschaftsform des Regimes der islamischen Republik. Sie sind zugleich „bewährtes“ Instrumentarium in der Hand der Arbeitgeberseite, um Löhne und Gehälter niedrig zu halten und den lohnabhängigen Menschen befristete Verträge oft ohne Unterschrift aufzuzwingen. Die iranischen Arbeiter*innen fordern das Recht auf Selbstorganisierung, das Streikrecht, das Protest- u. und Versammlungsrecht, gleiche Löhne für gleiche Arbeit, gleiche Berufs- und Arbeit-Chancen ohne Diskriminierung der Geschlechter, der Nationalitäten und des Glaubens. Sie fordern weiter das Ende der befristeten Verträge, die Beseitigung der Vermittlerfirmen, gesetzlich garantiertes Arbeitslosengeld und berufliche Sicherheit.

Wir unterstützen diese Forderungen und erklären laut und deutlich:
1)Die iranische „Arbeiter“-Delegation bei der ILO ist ein Organ des Regimes und vertritt nicht die iranischen Arbeiter*innen! Wir fordern den Ausschluss dieser polizei-staatlichen Delegation aus der ILO.
2)Wir fordern die bedingungslose Freilassung aller Arbeiter*innen, Lehrer*innen, aller Verhafteten der Frau-Leben-Freiheit-Bewegung und aller politischen Gefangenen.
3)Hinrichtungen sind staatlich begangene Morde und Verbrechen. Wir fordern die sofortige Abschaffung der Todesstrafe.

Organisationkomitee der Protestaktion am 09.06.2023 in Genf

Quelle: unabhängige linke iranische Internetseite „akhbar-rooz.com“ 10.06.2023
Übersetzung und Verbreitung: Gewerkschaftliche Initiative (Rhein/Main) für freie gewerkschaftliche Betätigung und Organisation in Iran (GIBO-IRAN.de)/Juni 2023